

Indiens Liquidator

Lord Louis Mountbatten

Wenn Sie bei Manövern gegen Battenberg stehen, können Sie sicher sein, geschlagen zu werden“, pflegte man von Prinz Ludwig von Battenberg zu sagen, damals Erster Seelord Großbritanniens.

Der Sohn, Lord Louis Mountbatten, hat diesen Ruf bestätigt. Die deutsche Abstammung seines Vaters hatte diesen nach Ausbruch des ersten Weltkrieges zum Rücktritt gezwungen. Auf Wunsch des englischen Königs nahm er im Jahre 1917 den Namen Mountbatten an. Die Prinzen und Prinzessinnen von Battenberg sind die Nachkommen des Prinzen Alexander von Hessen aus seiner morganatischen Ehe mit der polnischen Gräfin Julie Hauke. Lord Louis Mountbatten hat von seinem Vater das glänzende Aussehen und die schnelle Auffassungsgabe geerbt.

Als letzter englischer Vizekönig von Indien hat der 46jährige Vetter des englischen Königs ein schweres Amt. Schon vor dem Kriege hatte Lord Mountbatten die Aufmerksamkeit militärischer Kreise auf sich gelenkt. Er begann als Schiffsjunge in der Royal Navy. Während des Weltkrieges Nr. 2 bereicherte er die englische Kriegschronik durch seine Heldentaten. Als Kapitän eines Zerstörers pumpte er vor der Küste Norwegens und beim harten Kampf um Kreta das Wasser aus seinem leckgeschossenen Schiff. Er hatte seine Jacke und sein Hemd abgelegt und arbeitete mit nacktem Oberkörper, blutig und verschmutzt wie ein einfacher Matrose. Die Kapitulationsaufforderung eines deutschen U-Bootes wies er zurück.

Dreimal führt er sein sinkendes Schiff in den rettenden Hafen. Einmal muß er sich, verwundet im Meer schwimmend, auf ein Ruderboot retten. Noel Coward drehte nach den Heldentaten von Lord



Lord Mountbatten reicht Indien die Hände zur Selbständigkeit

Mountbatten den Film „In which we serve“.

Den berühmten Handstreich auf Dieppe führte ebenfalls Lord Mountbatten. Dann wird ihm von Churchill das Oberkommando im Südosten übertragen. Wieder macht er durch seine Tollkühnheit und seine rasche Entschlußfähigkeit, vor allem in Burma, von sich reden.

Die Züricher „Weltwoche“ führt die Ernennung Lord Mountbattens als Vizekönig von Indien auf seine eben geschilderten Eigenschaften zurück. Sie meint, „der bedächtige und methodische Rechtsanwalt Clement Attlee und der uralte Indienminister Lord Pathick, ehemals militanter Pazifist und juristischer Berater der Suffragettenbewegung, scheinen von diesem so ganz anderen, ihnen im Grunde völlig wesensfremden jungen Aristokraten so angezogen zu sein, daß sie das Experiment wagten, ihm in einem kritischen Zeitpunkt das Steuer über das 400millionenköpfige Indien anzuvertrauen.“

Lord Mountbatten weilt in dieser Woche in England, um über seine Erfahrungen zu berichten und einen Indienplan vorzulegen. Der Plan bezieht sich auf die Uebertragung der politischen Macht in Indien

Die Indienfrage beschäftigt die gesamte britische Presse. Man sieht nicht nur eine Teilung Indiens durch Moslems und Hindus, sondern eine Dreiteilung, weil auch die Fürstenstaaten sich in den Kampf um die Macht eingeschaltet haben. Ebenso bestehen Zweifel über das Schicksal Kalkuttas, der größten Stadt Indiens. Sowohl die Moslem-Liga als auch die Kongreßpartei erheben Anspruch auf die Zweimillionenstadt, die Indiens Schiffsahrts- und Wirtschaftszentrum ist.

Zwölf Monate hat Indien Zeit, sich darüber klar zu werden, ob der 35. und letzte Vizekönig, Lord Mountbatten, im Juni 1948 die Macht einer zentralen Gesamtregierung übergeben wird oder einem Haufen indischer Einzelstaaten. Manche Beobachter sehen einen Bürgerkrieg als Folge des Gruppen- und Kastenkampfes kommen. Mountbatten will nach Möglichkeit kein Chaos zurücklassen, sondern ein sauberes Haus übergeben, wenn er die britische Herrschaft in Indien liquidiert. Ein Reuter-Korrespondent schrieb aus Delhi, Großbritannien habe nicht die Absicht, „in einigen Monaten einen panischen Rückzug aus Indien anzutreten“

Öelhaltige Akten

Keine neuen Funde

Der Aktendiebstahl im Büro des ehemaligen k. und k. Obersten Eduard Keith von Sickle blieb ungeklärt. Auch als Wochen später Auszüge in der Wiener „Volksstimme“ und anderen kommunistischen Blättern erschienen, ließ sich ein direkter Zusammenhang nicht feststellen.

Es handelte sich um zwei Berichte über Verhandlungen, die im September 1946 zwischen österreichischen Regierungsvertretern und englischen Oelinteressenten in Wien stattgefunden hatten. Der Oberst, ein gebürtiger Kanadier und Entdecker und Gründer der Zistersdorfer Oelwerke nordöstlich Wien, wandte sich vor allem gegen die Art der Veröffentlichung. Auszüge müßten den falschen Eindruck erwecken, als ob Oesterreich durch eine Intervention des fremden Oelkapitals daran gehindert worden sei, einen günstigen Vertrag mit der Sowjetunion abzuschließen, der Oesterreich 50 Prozent der Besitzrechte an den Zistersdorfer Oelfeldern gewährt hätte.



Politik der offenen Hand:
Nikolai Nowikow

Das Wiener Handelsministerium äußerte sich im gleichen Sinne. Zwar bestätigte es Verhandlungen über einen Rückkauf der Oelfelder, die mit einer Jahresförderung von einer Million Tonnen den ganzen österreichischen Oelbedarf decken könnten. Aber die russischen Vorschläge habe man ablehnen müssen.

Bei der Gelegenheit machte Heinrich Buchas, Chef der Bergwerksabteilung im Handelsministerium, noch Mitteilungen über den gegenwärtigen Zustand der Oelfelder. Nach dem Abzug eines großen Teils der russischen Truppen hätten 400 österreichische Kommunisten unter Führung russischer Offiziere die Bewachung der Felder übernommen. Mit den Russen seien über 5000 Lastwagen voll Maschinen und Bohrausrüstungen weggebracht worden. Nun sei es kaum noch möglich, die Quellen offen zu halten. Die Anlagen seien „bereits in einem hohen Maße zerstört“.

Noch war diese Diskussion im Gange, als in Wien die Viermächte-Kommission zur Ausarbeitung des österreichischen Staatsvertrages zusammentrat. Ihre Einsetzung war in Moskau beschlossen worden. Auf sie hatten die „Großen Vier“ jene Probleme abgewälzt, über die sie sich selbst nicht einigen konnten. Daß darunter an erster Stelle die Frage der deutschen Anlagen in Oesterreich stand, hat inzwischen Englands Außenminister Bevin der Welt mitgeteilt.

Unter diesen sogenannten deutschen Anlagen, auf die Moskau auf Grund des Potsdamer Abkommens Reparationsansprüche erhebt, will Rußland wiederum die Oelfelder an die Spitze gestellt wissen. Sie seien die wichtigsten deutschen Werte, meinte der sowjetische Hauptdelegierte Nikolai Nowikow, einstmals Botschafter Stalins in den USA. Die Vertreter der drei anderen Mächte waren derselben Ansicht. Also wurde der Sachverständigen-Ausschuß, dem es obliegt, die Frage der deutschen Guthaben zu prüfen, angewiesen, das Oelproblem an die Spitze seines Programms zu stellen.

Daß man sich so weit geeinigt hatte, wurde übrigens schon als ein hoffnungs-